

Baisweil, den 16.03.2008

PRESSEMITTEILUNG

Der Lissabon-Vertrag (Veranstaltung am 14.03.08 in Marktoberdorf)

Das Thema der Veranstaltung zu der die Arbeitsgemeinschaft Frieden und internationale Politik (FIP) am Freitag nach Marktoberdorf eingeladen hatte.

Die FIP ist eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ Der gastgebende Kreisverband Kaufbeuren – Ostallgäu zeigte sich bei etwa 40 Gästen mit der gut besuchten Veranstaltung sehr zufrieden. Ist es doch eins unserer Ziele, der Öffentlichkeit aufzuzeigen, was läuft in diesem Land. Bald müssen wir uns größere Räumlichkeiten suchen.

Nachdem eine europäische Verfassung an Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist, wird nun versucht, die gleichen Inhalte in Form eines Vertrages durchzusetzen. In Deutschland soll der Vertrag bis Ende Mai durch Bundestag und Bundesrat ratifiziert sein. „Die Menschen in unserem Land werden auch dieses mal nicht gefragt!“

Über die Inhalte des Lissabon-Vertrag referierte Fritz Schmalzbauer (Mitglied im Bundesvorstand „DIE LINKE. und dort zuständig für internationale Politik) „Der Lissabon-Vertrag ist inhaltlich nichts anderes, als die europäische Verfassung, nur noch unverständlicher formuliert!“ so Schmalzbauer.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, DIE LINKE. sagt Ja zur Europäischen Union, aber Nein zum Reformvertrag. Der Vertrag enthält zwar durchaus positive Ansätze, insgesamt ist er jedoch abzulehnen.

„Die Bundesregierung hat sich redlich bemüht, die europäischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu stützen – Wir halten das für falsch!“ zitiert Schmalzbauer den Vorsitzenden der europäischen Linken und Vorsitzenden unserer Partei, Lothar Bisky.

So fehlen insbesondere Antworten auf die Fragen Globalisierung, Klimawandel, Energiesicherheit und Friedenssicherheit.

Zu den einzelstaatlichen Militärhaushalten soll es zukünftig noch einen eigenen EU-Militärhaushalt geben. Das Recht des Bundestags, über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden, wird erheblich ausgehöhlt. Das Europäische Parlament ist ebenfalls nicht zuständig und wird lediglich auf dem Laufenden gehalten. Damit werden künftige Militäreinsätze der demokratischen Kontrolle entzogen.

In der Umsetzung scheint es diesmal auch gelungen zu sein, Referenden in Frankreich und den Niederlanden zu umgehen. Lediglich in Irland müssen die Bürgerinnen und Bürger befragt werden.

Dem Vortrag folgte eine kritische Diskussion zum Reform-Vertrag. Es war deutlich zu erkennen, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit sind, einfach alles hinzunehmen! Es bedarf einer starken, neuen Linken.

Bericht und Fotos: Michael Goldberg, DIE LINKE. Kaufbeuren-Ostallgäu

	<p>Jaud_1.jpg Thomas Jaud, Sprecher des Kreisverband Kaufbeuren - Ostallgäu, eröffnete die Veranstaltung.</p>		<p>Schmalzbauer_1.jpg Fritz Schmalzbauer, Mitglied im Bundesvorstand der Partei „DIE LINKE,“ referiert über den Lissabon-Vertrag</p>
	<p>Schmalzbauer_2.jpg Der Vortrag von Fritz Schmalzbauer, Mitglied im Bundesvorstand der Partei „DIE LINKE,“ gab Impulse für Fragen und eine lebhafte Diskussion</p>		<p>Schmalzbauer_3.jpg „Das Recht des Bundestags, über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden, wird erheblich ausgehöhlt!“</p>
	<p>Schmalzbauer_4.jpg „Immer weniger Bürgerinnen und Bürger sind bereit sind, einfach alles hinzunehmen!“</p>		